



Absender:

Eheleute / Herrn / Frau

Ort:

Datum:

Mieterhöhung für Ihre Wohnung

Sehr geehrte (r)

Gemäß § 558 BGB kann der Vermieter die Zustimmung zu einer Erhöhung der Miete bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete verlangen, wenn die Miete in dem Zeitpunkt, zu dem die Erhöhung eintreten soll, seit 15 Monaten unverändert ist.

Mieterhöhungen wegen Modernisierungsmaßnahmen (§ 559 BGB) sowie wegen gestiegener Betriebskosten (§ 560 BGB) werden nicht berücksichtigt.

Das letzte Mieterhöhungsverlangen liegt länger als ein Jahr zurück. Die derzeitige Nettomiete beträgt monatlich € _____. Dies entspricht bei _____ qm Wohnfläche einer Miete von € _____ je qm. Diese Miete entspricht nicht mehr dem Entgelt, das in der Gemeinde bzw. vergleichbaren Orten für nicht preisgebundenen Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage einschließlich der energetischen Ausstattung und Beschaffenheit gezahlt wird (§ 558 Abs. 2 BGB). Die ortsübliche Vergleichsmiete für Ihre Wohnung beträgt derzeit € _____ je qm.

Zur Begründung der geltend gemachten Vergleichsmiete wird Bezug genommen auf:
(Maßgeblich ist das jeweils ausgefüllte Begründungsmittel)

1. Vergleichswohnungen:

	Wohnung 1	Wohnung 2	Wohnung 3
Ort			
Straße			
Stockwerk li /mi /re			
Mieter			
Baujahr			
Wohnfläche qm			
Zimmerzahl			
Grundausstattung			
Nettomiete € / qm			
bezahlt seit			

Die Vergleichswohnungen haben im Wesentlichen die gleiche bzw. vergleichbare Grundausstattung (Bad, Heizung usw.) wie Ihre Wohnung, soweit im Einzelnen nichts vermerkt ist.

2. Gutachten des Sachverständigen _____ vom _____, das in der Anlage beigefügt ist.

Gemäß § 558 b BGB wird um Ihre Zustimmung zur Erhöhung der Nettomiete auf monatlich € _____ pro qm Wohnfläche x _____ qm Wohnfläche gebeten. Die neue Nettomiete beträgt damit € _____. Hinzu kommen noch die weiteren monatlichen Zahlungen für Garage und Betriebskosten usw.

Die neue Miete ist ab Beginn des dritten Kalendermonats, der auf den Zugang dieser Erhöhungserklärung folgt, also ab dem _____ zu bezahlen (§ 558 b Abs. 1 BGB).

Bitte beachten Sie, dass Sie unter Umständen Anspruch auf Wohngeld haben. Eventuelle Anträge sind an das zuständige Amt für Wohnungswesen zu richten.

Die Zustimmung zur Anhebung der Miete ist bis (spätestens) zum Ablauf des zweiten Kalendermonats nach Zugang dieses Verlangens, also bis zum _____ durch Rückgabe des unterzeichneten Doppels dieses Briefes erklären. Sollte dies nicht geschehen, hat der Vermieter die Möglichkeit, bis zum Ablauf von weiteren drei Monaten Klage auf Zustimmung zu erheben. Dieser Schritt wird jedoch hoffentlich nicht notwendig sein.

Freundliche Grüße

Zustimmung zur Mieterhöhung

Hiermit erkläre (n) ich (wir) die Zustimmung zur Erhöhung der Miete.

Ort, Datum

Unterschrift (en)